

islaMedia

Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen

Hürriyet

- Freitag, 01.09.06 – Ates hat das Handtuch geworfen

Hürriyet berichtet, dass die Berliner Rechtsanwältin und Frauenrechtlerin Seyran Ates auf einer Veranstaltung der Konrad Adenauer Stiftung sich folgendermaßen zu ihrem Rückzug geäußert habe: „Ich halte die Angriffe auf mich nicht mehr aus. Letztes Mal hat der Ehemann meiner Mandantin, die sich scheiden lassen wollte, sie vor meinen Augen zusammengeschlagen. Diese Person hat auch mich angegriffen. Da dieser Beruf mittlerweile lebensbedrohlich für mich ist, habe ich beschlossen damit aufzuhören. Ich habe ein Kind, an das ich denken muss.“ Im Artikel wird auch erwähnt, dass Ates 1984 einem Mordversuch entgangen war, als sie bei einer Frauenberatungsstelle arbeitete.

- Montag, 04.09.06 – Selbstmordschule in London

Die 14 Verdächtigen, die am Freitag bei Anti-Terror-Razzien in London festgenommen wurden, gehören laut Hürriyet zu Abu Hamzas Organisation „Unterstützer der Scharia“. Auch der türkische Zypriote Abu Abdullah (Atilla Ahmet), Nachfolger von Abu Hamza, sei festgenommen worden. Die islamische Schule „Jameah Islamiyah“ soll der Vorbereitung von Terroranschlägen gedient haben. Hürriyet sprach mit einem türkischen Mitglied der „Unterstützer der Scharia“, der behauptet: „Wir sind im Sommer und in den Ferien mit unseren Familien in diese Schule gegangen, um den Koran zu lesen. Die Schule ist kein Terrorkamp, wie die Polizei behauptet hat.“

- Donnerstag, 07.09.06 – Altersgrenze nicht erhöhen

Bundestagsabgeordnete Lale Akgün (SPD) spricht sich gegen die Erhöhung der Altersgrenze beim Ehegattennachzug aus. Hürriyet zitiert Akgün mit den Worten: „Nicht jede Frau aus dem islamischen Kulturkreis wird zwangsverheiratet oder wird Opfer eines Ehrenmordes. Muslimische Frauen werden immer als hilfsbedürftige und bedauernswerte Frauen dargestellt. Zwangsverheiratung soll als Vorwand herhalten, die Altersgrenze beim Ehegattennachzug von 18 auf 21 Jahre zu erhöhen. Eine solche Maßnahme halte ich für verfassungswidrig.“

Sabah

- Freitag, 01.09.06 – Integrationssuche: Gipfel ohne Presse

Sabah kritisiert ein weiteres Mal den ersten Integrationsgipfel der Bundesregierung vom Juli 2006. Am zweiten Integrationsgipfel, der letzte Woche in Hamburg stattfand, bemängelte die türkische Tageszeitung, dass die Presse an den Veranstaltungen nachmittags nicht zugelassen wurde. Zum jetzigen Integrationsgipfel sind 300 Personen eingeladen worden. Die Integrationsbeauftragte Maria Böhmer führte an, dass man die Fragen um die Integration nur gemeinsam mit den Migranten lösen könne. Außerdem verwies sie auf die demografische Entwicklung, dass in zehn Jahren mehr als die Hälfte der Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben werde.

- Montag, 04.09.06 – Unstimmigkeiten beim Vorbereitungstreffen

Beim Vorbereitungstreffen in Nürnberg zum Islamgipfel kam es zu Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Generalsekretär der Türkisch-Islamischen Union der Anstalt für Religion (DITIB) und dem Generalsekretär der Föderation der Alevitischen Gemeinden in Europa (AABF). Der AABF-Generalsekretär Ali Ertan Toprak hatte sich dagegen verwehrt, dass die DITIB sich auch als Vertreter der Aleviten präsentiere. Alevitische Kinder hätten in der Schule ebenso das Recht ihre Zugehörigkeit offen zu bekunden. Außerdem lehnte Toprak es ab, dass religiöse Rechtsgutachten (Fatwas) auch im Namen der Aleviten erstellt würden. Nur Aleviten selbst hätten das Recht, das Alevitentum zu definieren.

- Mittwoch, 06.09.06 – Die Opposition erhebt sich

Im Europateil widmet sich Sabah ausführlich der geplanten Einführung einer Anti-Terror-Datei. Hervorgehoben werden die Bedenken der beiden Oppositionsparteien FDP und Bündnis 90/Die Grünen, dass die Religionszugehörigkeit in die Datei mit aufgenommen werden soll. Eine solche Vorgehensweise sei verfassungswidrig. Max Stadler (FDP) äußerte seine Vorbehalte auch dahingehend, dass beim Entwurf unklar sei, welche Informationen der Geheimdienste, die auch Unverdächtige überprüfen, an die Polizei weiter gegeben würden. Stadler forderte dazu auf, einen „Datenfilter“ einzurichten.

Zaman

- Samstag, 02.09.06 – Moscheen mit Minaretten werden immer mehr

In Deutschland gibt es ca. 2600 Moscheen, davon sind mehr als 70 in Berlin. Nachdem der Kommentator Muhammed Mertek einführende Informationen bereitstellt, widmet es sich im restlichen Beitrag einer Art „Medienschelte“. Insbesondere wird die Süddeutsche Zeitung für ihre Berichterstattung über Moscheen in Deutschland kritisiert. Der Verfassungsschützer Manfred Murck behauptete in der deutschen Tageszeitung, dass es in Deutschland ca. 32.000 militante Muslime gäbe, so dass manche Moscheen eine Gefahr für die innere Sicherheit darstellten. Mertek findet, dass die Süddeutsche Zeitung dadurch Vorurteile in der Bevölkerung schüre.

- Donnerstag, 07.09.06 – Beginn des islamischen Religionsunterrichts zweier Richtungen

Ab diesem Schuljahr wird es an zwölf Grundschulen in Baden-Württemberg islamischen Religionsunterricht geben. Hansjörg Blessing, Pressesprecher des Landes, habe Zaman gegenüber geäußert, dass es an zehn Schulen „Sunnitischen Islamunterricht“ und an zwei Schulen „Alevitischen Islamunterricht“ geben werde. Der Unterricht werde in deutscher Sprache stattfinden. Kultusminister Helmut Rau (CDU) gab bekannt, dass insgesamt 235 Kindern am islamischen Religionsunterricht teilnehmen werden. Rau sieht darin einerseits die Möglichkeit zur Entfaltung der muslimischen Identität, und andererseits einen Beitrag zur Integration.

Den wöchentlich erscheinenden **Newsletter zur Medienberichterstattung in türkischen Zeitungen** finden Sie auch in unserem Archiv auf www.islamedia.de unter der Rubrik Newsletter.

Impressum:

Friedrich-Alexander Universität Erlangen-Nürnberg

Lehrstuhl für Bürgerliches Recht - Prof. Dr. Rohe

www.islaMedia.de

- Der Newsletter erscheint in unregelmäßigen Abständen und erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit
- Angeführte Links bzw. Artikel geben nicht die Meinung der Herausgeber wieder, sondern versuchen die aktuelle Diskussion um den Islam und die Muslime in Europa in den Medien wiederzuspiegeln
- Um den Newsletter zu bestellen bzw. abzubestellen bitte um Antwort mit "Bestellen" bzw. "Abbestellen" im Betreff